

Die EWR-Abstimmung 1992
Vorgeschichte, Volksabstimmung
Innenpolitische Folgen

Dr. Wilfried Marxer



Der Politologe Wilfried Marxer referierte am Liechtenstein-Institut über die Stationen des Liechtensteiner EWR-Beitritts. (Foto: Paul Trummer)

20 Jahre EWR: Ein Beitritt, der zuvor fast eine Staatskrise auslöste

Rückblick Der EWR-Beitritt Liechtensteins war in den 1990er-Jahren ein heftig umkämpftes Thema. Als es im Herbst 1992 um den EWR-Abstimmungstermin ging, drohte der Fürst sogar mit der Entlassung von Regierung und Landtag.

VON JOHANNES MATTIVI

Das aktuelle Jubiläum «20 Jahre EWR» nimmt das Liechtenstein-Institut zum Anlass für eine fünfteilige Vortragsreihe, in der auf die Geschichte Liechtensteins im EWR zurückgeblückt und zum Schluss auch ein Ausblick auf die Zukunft dieses zwischenstaatlichen Vertrags zwischen Europäischer Union und EFTA (ohne Schweiz) gewagt wird. Den Auftakt zum Vortragsreigen machte am Dienstag der Politologe Wilfried Marxer, der über die Vorgeschichte und die Folgen der heissen EWR-Abstimmung 1992 referierte.

Kampf um das Abstimmungsrecht

Der Abstimmungskampf um den EWR-Vertrag, der am 2. Mai 1992 von den damaligen zwölf EG- und sieben EFTA-Staaten - darunter Liechtenstein - unterzeichnet wurde, hatte bereits 1989 ein Vorspiel. Schon damals wurde in Liechtenstein über einen möglichen Beitritt zur UNO und zur EG diskutiert. Beides Staatsverträge, die nach der damals gültigen Verfassung nicht referendumspflichtig gewesen wären. Die Freie Liste

lancierte deshalb eine Initiative, die forderte, dass Staatsverträge von erhöhter Bedeutung dem Referendum zu unterwerfen seien. Damit prallte die FL allerdings auf den gemeinsamen Widerstand von VU und FBP, die darin eine Einschränkung des Handlungsspielraums in der Aussenpolitik und eine Schwächung des Kleinstaats sahen. In einer ziemlich einseitig formulierten Informationsbroschüre - die später vom Staatsgerichtshof im Zuge einer Beschwerde kritisiert wurde - empfahl die Regierung ein «Nein» beim Staatsvertragsreferendum. Tatsächlich ging die FL-Initiative mit nur rund 43 Prozent Jastimmen bachab.

Drei Jahre später stand der EWR-Vertrag ins Haus und wiederum wurde das Referendum in Sachen Staatsvertrag ergriffen. Diesmal ging die Initiative von der Gewerbe- und Wirtschaftskammer aus. Regierung, Landtag und VU sprachen sich neuerlich gegen die Initiative aus, doch diesmal wurde die Staatsvertragsinitiative im März 1992, kurz vor der

Unterzeichnung des EWR-Vertrags mit über 70 Prozent Zustimmung von der Bevölkerung angenommen.

Kräfte messen Fürst und Regierung

Die eigentliche Debatte um einen EWR-Beitritt Liechtensteins ging danach erst richtig los, um dann im Oktober 1992 in einem heftigen Kräftemessen zwischen Fürst, Regierung und Landtag zu münden. Die vier Freiheiten - freier Waren-, Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr -, die der EWR-Vertrag den EG- und EFTA-Staaten bringen sollte, stiessen im Land auf ebenso grossen

Widerspruch wie Zustimmung. Während sich die Industrie für den EWR stark machte, fürchteten Gewerbetreibende, Banken und Treuhänder Konkurrenz und ungebremste Zuwanderung aus Europa.

Der EWR-Vertrag fand im Landtag eine 19-Stimmen-Mehrheit, gleichzeitig wurde das Vertragswerk zum Referendum ausgeschrieben. Allerdings wollte man einen Abstimmungstermin nach der Schweizer

EWR-Abstimmung, um zuerst die Stimmung in der Schweiz zu beobachten. Die Schweiz hatte den EWR-Vertrag ebenfalls am 2. Mai des Jahres unterzeichnet und eine Volksabstimmung angeordnet. Der glühendste EWR-Befürworter in der Schweiz war der damalige Bundesrat und Wirtschaftsminister Jean-Pascal Delamuraz, der bei der EWR-Vertragsunterzeichnung von einem «historischen Tag» für die Schweiz sprach. Der glühendste EWR-Befürworter in Liechtenstein war Fürst Hans-Adam II., der Regierung und Landtag auf einen Abstimmungstermin vor der Schweizer Abstimmung drängen wollte, denn er befürchtete, dass ein Schweizer «Nein» auch in Liechtenstein zu einem «Nein» führen könnte. Regierung und Landtag beharrten jedoch auf einem späteren Abstimmungstermin, woraufhin der Fürst mit der Entlassung der Regierung und der Auflösung des Landtags drohte. In letzter Minute wurde ein Kompromiss gefunden, vor allem weil die Regierung versicherte, dass ein EWR-Beitritt unabhängig von der Volksabstimmung ein Ziel bleibe. Der EWR-Beitritt bekam dann 56 Prozent Jastimmen.

«Ich bin froh darüber, dass Liechtenstein dem EWR beitritt.»

JEAN-PASCAL DELAMURAZ
SCHWEIZER BUNDES RAT